

# Streit um Demokratie-Wochen

Eröffnungsveranstaltung klingt immer noch nach

30.10.2021 | Stand 30.10.2021, 00:49 Uhr Passau

**PNP**

mit ihren Lokalausgaben

plus

Der Streit um die Eröffnungsveranstaltung der Wochen zur Demokratie in Passau ist nicht zu Ende. In einem offenen Brief richtet der Grünen-Kreisverband Passau-Land Forderungen an den Neuhauser Bürgermeister Stephan Dorn (CSU), der sich zusammen mit dem Passauer JU-Kreisvorsitzenden und Stadtrat Jonas Weidenthaler gegen die weitere Förderung der Veranstaltung mit öffentlichen Geldern wendet.

Dorn und Weidenthaler hatten die Veranstaltung im Passauer Cineplex als völlig einseitige Plattform fragwürdiger Inhalte erlebt ("wenn es sich um eine weitgehend grüne Veranstaltung handelt, dann sollen sie die Grünen bezahlen und nicht die Allgemeinheit").

Die Vorsitzenden Astrid Gelaudemans und Dirk Wildt fordern namens der Grünen Passau-Land, Dorn solle geschriebene Briefe an OB Jürgen Dupper (SPD) und Landrat Raimund

Kneidinger (CSU) zurücknehmen. Er habe allerdings keine Briefe geschrieben, sondern mit OB und Landrat am Rand anderer Termine gesprochen, stellt Dorn fest. Zu seinen Aussagen stehe er nach wie vor zu "100,0 Prozent".

"Der Knackpunkt ist keinesfalls, dass Themen von Mitgliedern der Grünen vorgetragen werden, sondern die völlige Einseitigkeit von Themen und Referenten bei einer staatlich geförderten Veranstaltung", erklärt Stephan Dorn gegenüber der PNP.

Er habe auch keinen Facebook-Post gelöscht wie von den Grünen behauptet, so Dorn: "Ich habe lediglich meinen kurzen Eintrag zurückgestellt und auf den umfassenderen Eintrag von Jonas Weidenthaler verwiesen, den ich vollinhaltlich teile." Auch insofern habe er nichts zurückgenommen oder zurückzunehmen.

Im offenen Brief betonen die Grünen, die Wochen zur Demokratie seien ein "niederbayerisches Vorzeigeprojekt" in Sachen Demokratie. Die Veranstalter seien mit mehreren Preisen ausgezeichnet, weil sie "auf vorbildliche Weise die Bevölkerung in der Region Passau breit für das Thema Demokratie begeistert" hätten.

"Jetzt wollen Sie einem solchen Engagement Mittel in einer Zeit kürzen lassen, in der für öffentliche Ämter immer weniger Bewerberinnen gefunden werden", werfen die Grünen dem Bürgermeister vor.